Aktuelle Literatur zur Embryonenethik

Lars Klinnert

Online publiziert: 14. Oktober 2020
© Der/die Autor(en) 2020

Sammelrezension Jürgen Boomgarden: Aus Gottes Hand. Der Status des menschlichen Embryos aus evangelischer Sicht (Religion, Theologie und Naturwissenschaft/Religion, Theology and Natural Science 32), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019, 235 S., ISBN 978-3-525-57072-2, € 70,00.

Daniel Hornuff/Heiner Fangerau (Hg.): Visualisierung des Ungeborenen. Interdisziplinäre Perspektiven, Paderborn: Wilhelm Fink 2020, 290 S., ISBN 978-3-7705-5585-7, € 99,00.

Theresia Theuke: Der Embryo und die Menschenwürde. Der Wandel des Menschenwürdebegriffes im Kontext bioethischer Debatten (Wertewandel im 20. Jahrhundert 4), Berlin/Boston: de Gruyter Oldenbourg 2019, 375 S., ISBN 978-3-11-062759-6, € 54,95.

Vor allem im Zuge der anhaltenden Diskussion um die eher notdürftige Neuregelung des § 219a StGB, aber etwa auch hinsichtlich der unbestreitbaren Notwendigkeit einer grundlegenden Überarbeitung des 30 Jahre alten Embryonenschutzgesetzes wird gegenwärtig wieder einmal der moralische und rechtliche Status des ungeborenen Lebens in öffentlichen Debatten thematisiert. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, welcher Schutzanspruch menschlichen Embryonen in vitro wie in utero im Verhältnis zur reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen und Männern (noch) zukommt, sondern auch anhand welcher philosophischen Argumente und lebensweltlichen Erfahrungen er sich gegebenenfalls plausibilisieren lässt. Drei Neuerscheinungen – allesamt flüssig geschrieben und ansprechend gestaltet – blicken unter diskurs- und kulturgeschichtlichen sowie theologischen Aspekten referierend und analysierend

L. Klinnert (✉)

Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Immanuel-Kant-Str. 18–20, 44803 Bochum, Deutschland

E-Mail: klinnert@evh-bochum.de

auf vergangene Entwicklungen zurück, woraus sich auch für mit der Thematik vertraute Leserinnen und Leser schon angesichts der schier unerschöpflichen Materialfülle allerhand neue Erkenntnisse ergeben. Zugleich werden (jeweils in unterschiedlicher Intensität) eigenständige Perspektivierungen entfaltet, aus denen sich argumentative Impulse für gegenwärtige und zukünftige Problemstellungen gewinnen lassen.

In ihrer Mainzer Dissertation unternimmt die Historikerin Theresia Theuke mit den hermeneutischen Methoden der „historischen Wertewandelsforschung“ (29) eine quellenintensive Diskursanalyse über die wissenschaftliche, parlamentarische und öffentliche Verwendung des Menschenwürdebegriffs anlässlich der rechtlichen Regulierung von ethischen Konflikten rund um den Lebensanfang. Anhand exemplarischer Debatten in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1968 und 2011 arbeitet sie vier Entwicklungsphasen hierzu heraus.

So wurde in der Abtreibungsdebatte der frühen siebziger Jahre die biologische Einsicht eines mit der Kernverschmelzung gegebenen Lebensanfangs einerseits geradezu selbstverständlich anerkannt, womit andererseits jedoch nur in Ausnahmefällen – am ehesten noch von konfessioneller Seite – ein ethischer und rechtlicher Würdeanspruch in Verbindung gebracht wurde. Das Menschenwürdeargument kam damals vielmehr in erster Linie zur Sprache, um das weibliche Selbstbestimmungsrecht hervorzuheben, während erstaunlicherweise „von der Würde des Embryos nur in wenigen Fällen gesprochen“ (80) wurde. Mit ihrer Intention, jegliche Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch einzig und allein den betroffenen Frauen anheimzustellen, wodurch diese nicht weniger als „ihre Würde zurückerhalten“ (77) sollten, konnte die von linksliberaler Seite angestrebte Fristenregelung auf breite Zustimmung in der medialen Debatte zählen. Als eigenständiges Grundrechtssubjekt ins Blickfeld gerückt wurde der Embryo erst durch das gegenläufige Bundesverfassungsgerichtsurteil, wobei für die Öffentlichkeit dessen „Bezugnahme [...] auf die Menschenwürde unerwartet kam“ (89).

In der Folge dieses „entscheidenden Wendepunkt[es]“ (277) etablierten sich zunehmend Argumentationsfiguren, die „Embryo und Menschenwürde [...] in Relation zueinander“ (130) setzten. Zugleich ergab sich eine neue Sachlage insofern, als infolge der ersten In-vitro-Fertilisationen auch der Umgang mit extrakorporalen Embryonen regelungsbedürftig erschien. Angesichts der technischen Verfügbarkeit des Zeugungsvorgangs selbst tauchte nun häufiger die Überlegung auf, dass nicht nur die individuelle, sondern auch die kollektive Menschenwürde geschützt werden müsse, um einer durch Genmanipulation und Klonierung drohenden „Entmenschlichung der Gattung Mensch“ (142) vorzubeugen. In der Folge stand dem Gesetzgeber bei den Regelungen des 1990 verabschiedeten Embryonenschutzgesetzes gerade „nicht nur der konkrete Embryo vor Augen, sondern ebenso die gesamte Menschheit, die vor ihrer Selbstauflösung bewahrt werden sollte“ (280). Allerdings wurde gelegentlich auch davor gewarnt, über den konkreten Menschen hinaus eine abstrakte Menschennatur zum Würdeträger zu erklären, weil damit die Gefahr bestehe, dass dem Verfassungsrecht „ein bestimmtes Welt- und Menschenbild“ (144) aufgedrängt werde.

Während der ab 1999 geführten Stammzelldebatte hatte die Berufung auf die Menschenwürde endgültig paradigmatischen Charakter erlangt. Deren diskursive Omnipräsenz ließ indes zum einen mehr und mehr nach ihrer argumentativen

Brauchbarkeit fragen: Es wurde vor ihrer Überdehnung und Entwertung durch einen inflationären Gebrauch gewarnt. Zum anderen konnte und wollte man sich anscheinend nicht mehr länger auf eine rein intuitive Plausibilität des Menschenwürdearguments verlassen. Angesichts seiner umstrittenen Anwendbarkeit gerade auf die frühen Entwicklungsstadien des menschlichen Embryos wurden vermehrt philosophische Präzisierungsversuche hinsichtlich des Verhältnisses von biologischem und moralischem Lebensbeginn unternommen – vornehmlich mithilfe des Personbegriffs sowie in der Auseinandersetzung mit den so genannten SKIP-Argumenten. In diesem Rahmen wurden dann etwa auch Vorschläge für eine abgestufte Menschenwürde oder für eine Entkopplung von Würde- und Lebensschutz ins Spiel gebracht.

In Anbetracht des selektiven Charakters der – ebenfalls seit etwa 1999, verstärkt dann noch einmal zehn Jahre später diskutierten – Präimplantationsdiagnostik wurde von den Gegnern ihrer rechtlichen Zulassung über den puren Lebensschutz hinaus auch der grundlegende Gleichheitsanspruch als notwendige Implikation einer Würdezuschreibung an den Embryo hervorgehoben. In der diesbezüglich problematisierbaren Entscheidung über „Wert oder Unwert“ (249) einer menschlichen Zygote anhand bestimmter genetischer Dispositionen erblickte man häufig zugleich eine Art indirekte Würdeverletzung für bereits geborene Behinderte. Sofern von den Befürwortern ein embryonaler Würdeanspruch nicht völlig negiert wurde, liefen deren Lösungsvorschläge – angesichts der für vorbelastete Elternpaare konflikthaften Situation – in der Regel darauf hinaus, dass er dennoch in die sorgfältige Abwägung mit anderen Rechtsgütern eingebracht werden dürfe und müsse.

Es bleibt kritisch anzufragen, ob die Verfasserin in ihrer Gliederung den bioethischen Diskussionen der neunziger Jahre (mit der erneuten Abtreibungsdebatte nach der deutschen Wiedervereinigung sowie der zivilgesellschaftlichen Protestbewegung gegen die europäische Bioethik-Konvention) nicht zu wenig Bedeutung beimisst. Davon abgesehen weist sie insgesamt überzeugend auf, wie infolge faktischer Veränderungen sozialer und wissenschaftlicher Praktiken, durch die öffentliche Akteure sich zu normativen Stellungnahmen herausgefordert sehen, sich jeweils für die spezifischen Problemkonstellationen charakteristische Argumentationsmuster entfalten. Wenngleich also das zu einer bestimmten Zeit vorherrschende Verständnis von Menschenwürde immer auch als eine Art Spiegelbild eines sich anpassenden Wertebestandes begriffen werden kann, scheint diese dennoch gerade „durch ihre sich in der Pluralisierung manifestierende Interpretationsflexibilität“ (302) eine „identitätsstiftende Leitfunktion“ (ebd.) zu behalten, indem sie einen bestimmten Diskursraum für die Gesellschaft überhaupt erst eröffnet und benennt.

Wie nicht nur diskursive Konzeptionen, sondern auch figurative Illustrationen zu einer „Anerkennung des Subjektstatus“ (72) von Embryonen und Föten beitragen, zeigen die von Daniel Hornuff und Heiner Fangerau herausgegebenen Untersuchungen „zur ästhetischen Vermittlung und psychosozialen Wirkung pränataler Bilderwelten“ (8). Die zwölf Aufsätze des reichhaltig illustrierten Sammelbandes spüren der vielgestaltigen Ikonografie des vorgeburtlichen Lebens unter anderem in den anatomischen Tafelwerken seit der Renaissancezeit, in der bildenden Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts oder in den Ultraschallbildern der modernen Pränatalmedizin nach. Als gemeinsamer Ausgangspunkt der abwechslungsreichen Annäherungen

dient die heutzutage standardmäßige Praxis, mittels bildgebender Diagnoseverfahren das Ungeborene als „visuelles Gegenüber“ (1) zu präsentieren, welches in seiner beeindruckenden Sichtbarkeit dann geradezu „als ontologisch gleichrangig“ (ebd.) zu geborenen Personen erlebt werden kann. Einen historischen Vorläufer hat diese Zugangsweise allerdings bereits in den frühneuzeitlichen Anatomieatlanten, in denen – bei breiter Rezeption durch die gebildete Öffentlichkeit – der aus der mütterlichen Umgebung herauspräparierte Fötus erstmals als autonomes „Objekt im eigenen Recht in Erscheinung“ (83) trat.

Insbesondere aus feministischer Perspektive lässt sich die scheinbare Selbständigkeit des dargestellten Fötus durchaus kritisch „als Auflösung der Mutter-Kind-Einheit“ (194) bewerten. Allerdings macht es sich eine beliebte Auffassung wohl zu einfach, wonach es in vergangenen Zeiten vermeintlich so etwas wie eine leibliche Unmittelbarkeit der weiblichen Schwangerschaftserfahrung gegeben habe, die durch die heutige Medikalisierung und Technisierung bedauerlicherweise abhandenzukommen drohe. Denn an der einstmals weitverbreiteten Harnschau lässt sich zeigen, wie schon seit dem Mittelalter verheiratete wie unverheiratete Frauen mittels heilkundlicher Expertise nach objektiver Gewissheit über eine mögliche Schwangerschaft strebten, um auf diese Weise einen größtmöglichen Handlungsspielraum für ihren souveränen Umgang damit zu gewinnen.

Wann immer – so wird über alle Beiträge hinweg deutlich – vorgeburtliche Lebensphänomene aus ihrer alltagsweltlichen Verborgenheit herausgeholt und medizinisch, wissenschaftlich oder künstlerisch wahrnehmbar gemacht werden sollen, muss zu diesem Zweck unvermeidlich „eine mediale Inszenierung“ (253) erfolgen. Somit erschöpft sich die „Visualisierung des Ungeborenen“ (1) niemals „in der neutralen Illustration realer Sachverhalte“ (45), sondern ist immer zugleich von ihren technischen, weltanschaulichen und kulturellen Voraussetzungen durchzogen. Zu keiner Zeit jedoch scheint sie in ihren unvermeidlichen Symbolisierungen, Ästhetisierungen und Stilisierungen daran vorbeizukommen, zur „ontologische[n] Kontinuität“ (102) zwischen Ungeborenem und Geborenem implizit oder explizit Stellung zu beziehen.

Eine durch die pränatale Sichtbarmachung des noch nicht geborenen Menschen „nach vorn geschobene Sozialisation“ (95), aufgrund derer selbst der gegebenenfalls abzutreibende Fötus kaum noch „als bloßes ‚Etwas‘“ (109) betrachtet werden könne, konstatiert in ähnlicher Weise der protestantische Ethiker Jürgen Boomgarten, der in seiner (angenehm originellen) Studie nach der sozialphilosophischen Angemessenheit eines „personale[n] Blick[s] für den Embryo“ (35) fragt. Zwar werde dem ungeborenen Kind von seinen Eltern zweifelsohne „in vielen Fällen eine Achtung entgegengebracht, die keine Minderung oder Einschränkung seiner Würde gegenüber Geborenen“ (96) beinhalte, doch sei damit noch nichts darüber ausgesagt, ob und inwiefern auch „fernstehende Personen“ (70) es notwendigerweise „als ihresgleichen anerkennen“ (ebd.) müssten.

Dementsprechend interpretiert der Verfasser die ethischen und politischen Kontroversen um Reproduktionsmedizin und Schwangerschaftsabbruch vom spannungsreichen Nebeneinander unterschiedlicher Anerkennungsverhältnisse her: Einerseits stelle die liebende Annahme des „konkreten Dasein[s]“ (100) eines sich entwickelnden Menschen durch Mutter und Vater die entscheidende Voraussetzung für seine

„interpersonale Subjektivierung“ (101) dar, könne jedoch gerade nicht moralisch oder rechtlich erzwungen werden. Andererseits versprechen moderne Rechtsstaaten mit der Menschenwürde eigentlich jedem Menschen „qua seines Menschseins“ (93) eine allen personalen Beziehungen zuvorkommende Achtung, die für Embryonen und Föten jedoch nicht unmittelbar zu gewährleisten sei. Personale Anerkennung lasse sich nämlich niemals an biologische Tatsachen allein knüpfen, sondern sei wiederum an „konkrete Interpersonalität gebunden, die in einer generellen Personenerklärung aller befruchteten menschlichen Eizellen nicht berücksichtigt würde“ (168). Nach einer für liberale Bürgergesellschaften plausiblen Vorstellung empfangen darum das ungeborene Leben eigentlich erst durch die annehmende „Entscheidung der Mutter [...] seine personale Würde“ (164) und damit seinen gesellschaftlichen Mitgliedsstatus.

Im Kontrast dazu symbolisiere das christliche Eintreten für einen frühestmöglichen Würdeschutz nicht nur „Gottes bedingungslose Annahme“ (186) jedes Menschen, sondern versuche gleichzeitig auch, die Gesellschaft insgesamt „vor einer Abstufung ihrer Mitglieder“ (ebd.) zu schützen. Allerdings bleibe auch aus theologischer Sicht die mütterliche Liebe „zum werdenden Menschen um seiner selbst willen [...] ein nicht verfügbares Geschehen“ (165), sodass es – zumal angesichts der ontologischen wie soziologischen Unschärfe des embryonalen Personseins – zu respektieren sei, wenn eine schwangere Frau in einer Notsituation das ihr im ungeborenen Kind begehrende Beziehungsangebot abweise. Ein rigoroses Abtreibungsverbot brächte dagegen „einen Zwang in die Familie, der ihrem Verständnis als Liebesgemeinschaft widerspräche“ (187).

Als übergreifendes Ergebnis aus der Lektüre aller drei Bücher lässt sich vielleicht am ehesten die (nur scheinbar paradoxe) Einsicht destillieren, dass mit den durch reproduktionsmedizinische, pränataldiagnostische und gentechnologische Methoden gewachsenen Zugriffsmöglichkeiten auf Embryonen und Föten zugleich deren Wahrnehmung und Behandlung als distinkte Entitäten vorangetrieben worden ist. Je mehr der ungeborene Mensch als medizinisches und wissenschaftliches Objekt in den Blick gerät, desto präziser und intensiver wird offensichtlich – jedenfalls bislang – nach seinem Status als moralisches und rechtliches Subjekt gefragt. Von daher kann es fast schon anachronistisch erscheinen, wenn in aktuellen Diskussionen gelegentlich ohne jede Konfliktsensibilität einer unbegrenzten Verfügungsgewalt von schwangeren Frauen oder von Kinderwunsch-Paaren über das vorgeburtliche Leben das Wort geredet wird.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.